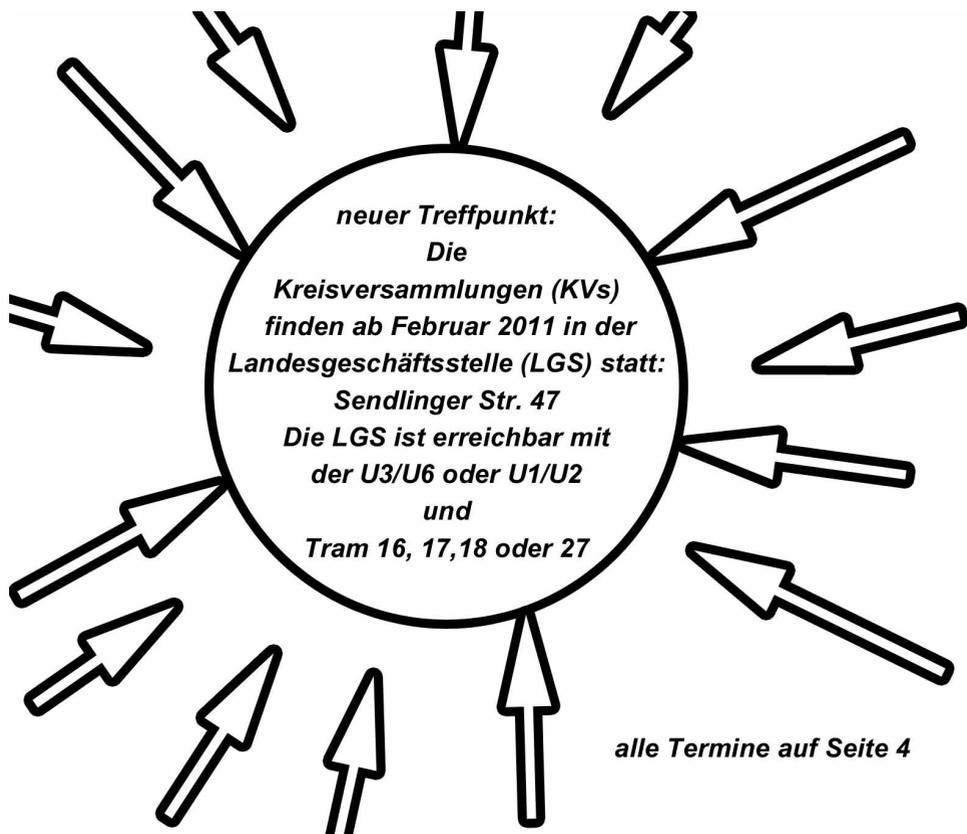


Kreisrundbrief Jan./Feb. 2011



alle Termine auf Seite 4

Kreisverband München-Land

info@gruene-ml.de
www.gruene-ml.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



Inhaltsverzeichnis

Wichtige Termine zum Vormerken	Seite 4
Einladung zum Neujahrsempfang	Seite 5
Einladung zur Kreisversammlung am 2. Februar 2011	Seite 5
Landesdelegiertenkonferenz (LDK) in Würzburg	Seite 6
Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Freiburg	Seite 6
Zukunftskongress II in Bamberg	Seite 7
Bildungsreise zum Europäischen Parlament	Seite 8
Bildungsreihe für Aktive in den OVs	Seite 9
OV-Kasse optimal führen	Seite 9
Präsentieren mit Persönlichkeit	Seite 10
Pressearbeit im Ortsverband	Seite 11
Erfolgreiche Arbeit im Ortsverband	Seite 12
Überzeugen mit Persönlichkeit	Seite 12
Nie wieder Tschernobyl - Ankündigung	Seite 13
Serie Web 2.0 – WikiLeaks, der Jugendmedienschutz und die Anarchie im Internet	Seite 14
„Heldengedenken“ – Braune Veranstaltung ohne Gegenprotest?	Seite 18
Informationsfreiheitssatzungen	Seite 20
Bericht aus dem Kreistag	
Vier neue Landschaftsschutzgebiete durchgesetzt	Seite 23
CSU = Chaos Union	Seite 23
Bericht aus dem Landtag	
Europäische Bürgerinitiative – Europa demokratischer gestalten	Seite 25
Bericht aus dem Bundestag	
Die Bahn ist weder organisatorisch, technisch noch personell auf den Winter vorbereitet	Seite 26
UN Klimaverhandlungen in Cancun	Seite 27
Protokoll der Kreisversammlung vom 10.11.2010	Seite 28
Protokoll der Kreisversammlung vom 01.12.2010	Seite 32
Terminübersicht	Seite 34
Kontaktadressen	Seite 35

Liebe Freundinnen und Freunde,

wer Anfang Dezember die Internetseite der CSU besuchen wollte, fand dort ein Overlay, das den ganzen eigentlichen Seiteninhalt verdeckte. „Scheinheilig - Unglaublich - Grün“ stand da neben einer welken Sonnenblume. Darunter eine Animation mit ein paar Standard-Klischees über die Grünen. Unser Erfolg erschreckt sie mittlerweile so sehr, dass es ihnen wichtiger ist, die eigenen Leute mit antigrüner Polemik bei der Stange zu halten, als der Öffentlichkeit politische Inhalte zu präsentieren. Auch die SPD hat uns inzwischen als ihren gefährlichsten Gegner ausgemacht. Aber auch ihr fällt inhaltlich nichts Neues mehr ein.

Je mehr Zuspruch wir erhalten, umso heftiger und polemischer werden die Angriffe, denen wir ausgesetzt sind. Machen wir uns nichts draus, wir sind auf dem richtigen Weg. Bleiben wir dabei, die Zeit zu nutzen, uns weiterzuentwickeln und uns selbst zu stärken. Diskutieren wir intern und nach aussen offen über die besten Konzepte für morgen. Der Mein-Bayern-Prozess, der im zurückliegenden Jahr mit Kongressen zur Wachstumsfrage und zur demographischen Entwicklung begonnen hat, wird 2011 mit neuen spannenden Zukunftsthemen fortgesetzt.

Im Kreisverband gibt es im kommenden Jahr eine sechsteilige Fortbildungsreihe für Aktive, die wir in dieser Ausgabe des Kreisrundbriefs vorstellen. Wir werden weitere Anstrengungen unternehmen, unsere Mitgliederbasis auszubauen und unsere neue Ortsverbands-Zeitung ist in Vorbereitung. Mit ihr können wir uns den Bürgerinnen und Bürgern in den Gemeinden präsentieren und ihnen unsere politischen Inhalte vorstellen.

Was nach der Bundestagswahl 2009 wie ein Niedergang aussah, ist im Laufe des Jahres 2010 zu einem großen Aufbruch geworden. Als Reaktion auf die rückwärts gewandte Politik der Regierung ist eine breite Bürgerbewegung entstanden, größer, bunter und vielfältiger als sie Deutschland jemals gekannt hat. Und erstmals sind drei Generationen von Menschen aktiv dabei. Wir sind auf einem guten Weg!

Erholsame Weihnachtstage und alles Gute für das Neue Jahr wünschen

Luitgart Dittmann-Chylla, Markus Büchler, Volker Leib, Peter Triebswetter, Robert Gerb, Wolfgang Schmidhuber, Anna Schmidhuber, Maria Kammüller, Kirsten Siebert und Antje Wagner

WICHTIGE TERMINE 2011 ZUM VORMERKEN

Die Kreisversammlungen:

12. Januar 2011 **Neujahrsempfang** im Giesinger Bahnhof, Beginn 19 Uhr.
Alle weiteren Kreisversammlungen finden in der Landesgeschäftsstelle (LGS), Sendlinger Str. 47, statt. Die LGS ist erreichbar mit der U3/U6 oder U1/U2 und der Tram 16, 17, 18 oder 27. Beginn ist jeweils 20 Uhr

2. Februar 2011	6. Juli 2011
2. März 2011	14. September 2011
6. April 2011	5. Oktober 2011
4. Mai 2011	9. November 2011
1. Juni 2011	7. Dezember 2011

Im August gibt es wegen der Sommerferien keine Kreisversammlung

Seminare für Aktive in den Ortsverbänden

26./27.02.11	Präsentieren mit Persönlichkeit
26.03.11 14-16 Uhr	Die OV-Kasse optimal führen – Fortbildung und Austausch für OV-KassiererInnen
10./11.09.11	Überzeugen mit Persönlichkeit
Termin folgt	Bauleitplanung – Seminar mit Kreisrätin Luitgart Dittmann-Chylla
Termin folgt	Pressearbeit im Ortsverband
Termin folgt	Erfolgreiche Arbeit im Ortsverband

Näheres auf Seite 9

Einladung zum Neujahrsempfang 12. Januar 2011

Wir möchten mit Elan und Schwung ins neue Jahr starten und laden Dich deshalb ein zum Neujahrsempfang 2011.

Wir möchten uns in geselliger Runde **am Mittwoch, den 12.01.2011 ab 19 Uhr** im **Bahnhof Giesing**, Giesinger Bahnhofplatz 1, auf das neue Jahr einstimmen.

Susanna Tausendfreund, MdL und Dieter Janecek, Landesvorsitzender geben einen politischen Ausblick auf das Jahr 2011

Das Buffet wird vom Kreisverband übernommen – Getränke zahlt jede/r selber.

Es wäre schön, wenn wir möglichst viele bekannte wie auch neue Gesichter begrüßen könnten !



Mittwoch, 12. Januar 2011

Beginn: 19.00 Uhr

Anreise: mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bis Haltestelle Giesing!

Linien: S3/S7, U2, Tram 27, Bus 54/139/144/220

Haltestelle: Giesing

Damit wir besser planen können, bitten wir um kurze Zu- oder Absage.

EINLADUNG ZUR KREISVERSAMMLUNG AM 2. FEBRUAR 2011

Tagesordnung:

TOP 1: Anja Edelhäuser, Referentin für Asyl- und Migrationspolitik, Frauenpolitik der Grünen Landtagsfraktion berichtet von aktuellen Themen aus ihrem Arbeitsbereich

TOP 2: Bericht aus den Ortsverbänden, Gemeinderäten, dem Kreistag, dem Landtag und dem Parteirat

TOP 3: Sonstiges

Beginn 20 Uhr

Ort: **Landesgeschäftsstelle** (LGS), Sendlinger Tor 47

Die LGS ist erreichbar mit U3/U6 oder U1/U2 und Tram 16, 17, 18 oder 27

LANDESDELEGIERTENKONFERENZ (LDK) IN WÜRZBURG



Die Delegierten des Kreisverbands München-Land gratulierten dem wiedergewählten Landesvorsitzenden Dieter Janecek zu seinem guten Wahlergebnis von fast 90% der Stimmen.

Gestärkt von derzeit guten Umfragewerten bestand unter den rund 250

Delegierten aus ganz Bayern Einigkeit, die CSU in die Opposition schicken und selbst Regierungsverantwortung für Bayern übernehmen zu wollen.

Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Freiburg

Die Delegierten der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Freiburg haben ihren Bundesvorstand und den Parteirat neu gewählt. Mit starken Ergebnissen wurden die Bundesvorsitzenden Claudia Roth und Cem Özdemir in ihrem Amt bestätigt. Ferner fasst die BDK Beschlüsse unter anderem zur Energiewende in Deutschland und zur Einführung einer Bürgerversicherung in der Krankenversicherung.



Mit dabei Delegierte und Gäste aus dem Landkreis München: Markus Büchler, Mathias Weidner, Antje Wagner, Robert Gerb, Flo Hof, Ilona Maier, Nikola Schwaiger, Hilde Miner, Sebastian Lumpe, Toni Hofreiter, MdB

ZUKUNFTSKONGRESS II IN BAMBERG

Der zweite Zukunftskongress im Mein-Bayern-Prozess des Landesverbands fand am 4. Dezember in Bamberg statt und hatte den Titel „Zeitreise 2030“. In Referaten und Workshops ging es um die Frage, wie Bayern angesichts des zu erwartenden demografischen Wandels in zwanzig Jahren aussehen kann und soll.

Nach den Prognosen des Landesamts für Statistik wird Bayerns Bevölkerung zwar bis 2028 um 0,9% wachsen, aber dieses Wachstum ist ungleich verteilt. Während für Oberbayern ein Plus von 7,6% vorhergesagt wird und Mittelfranken, Niederbayern und Schwaben ihre Bewohnerzahl in etwa halten können, werden die Oberpfalz (-3,1%), Unterfranken (-5,6%) und Oberfranken (-9,6%) einen dramatischen Rückgang zu verkraften haben. Der Altersaufbau der Bevölkerung wird sich drastisch verändern. Für den Landkreis Wunsiedel wird für 2029 ein Anteil der über 64-Jährigen von 65,4% prognostiziert. Der Rückgang der Steuereinnahmen bei gleichzeitigem Anstieg der sozialen Aufwendungen wird die Kommunen in solchen Regionen vor immense Probleme stellen.

Einzelne Behördenverlagerungen in strukturschwache Regionen oder Programme zur Neuansiedlung von Industrie und Gewerbe werden den generellen Trend nicht umkehren können. Ehrlich und konstruktiv mit der unabwendbaren Entwicklung umzugehen, ist angesagt: Nicht jetzt Straßen bauen, die schon in einigen Jahren niemand mehr braucht, sondern regionale Buslinien und Sammeltaxis fördern. Das Schulsystem so umbauen, dass es auch in 20 Jahren noch möglich ist, das Abitur zu machen, ohne dass dafür Schulwege von 40 oder 50 Kilometern nötig sind. Nicht die Regionen, sondern die Menschen fördern, wie Sepp Dürr das in einem Podiumsgespräch ausdrückte. Nicht Beton und Asphalt, sondern Investitionen in Bildung und Daseinsvorsorge.

Von Seiten der CSU und der SPD trug dieses öffentliche Nachdenken den Grünen umgehend den propagandistischen Vorwurf ein, wir würden „den ländlichen Raum abschreiben.“ - Das Gegenteil ist der Fall. „Weiter so!“ ist keine Lösung. Wir brauchen kreative Ideen und vernünftigen Mitteleinsatz statt der leeren Versprechung, es könnte bleiben, wie es ist.

Wolfgang Schmidhuber.

BILDUNGSREISE ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Das Europäische Parlament ist das Gemeinschaftsorgan, das die Völker der Mitgliedstaaten der Europäischen Union vertritt. Seit 1979 wird es alle fünf Jahre neu gewählt.

Im Juni 2009 schafften insgesamt 14 Grüne aus Deutschland den Sprung ins EU-Parlament.

Der Sitz des Parlaments verteilt sich auf insgesamt drei Standorte.

In **Straßburg** finden zwölf Mal im Jahr viertägige Plenarsitzungen statt. In **Brüssel** sind sechsmal im Jahr zweitägige Ausschuss- und Fraktionssitzungen geplant. In **Luxemburg** befindet sich das Generalsekretariat. Diese Aufteilung hat sich historisch entwickelt.

Unser Europaabgeordneter Gerald Häfner lädt uns ganz herzlich ein die Parlamentssitze in Brüssel und Straßburg zu besuchen.

Vom **1.-3. Februar 2011** geht es nach Brüssel. Diese Reise ist zwar schon ausgebucht, aber ein Platz auf der Warteliste noch möglich.

In Brüssel sind u.a. eine Stadtführung, Besuche bei Kommission, bayerischer Landesvertretung und natürlich im Europäischen Parlament geplant.

Darüber hinaus wird aber auch noch ein wenig Zeit bleiben um sich Brüssel selbstständig anzuschauen.

Für die Unterbringung in einem Vier-Sterne-Hotel, die Verpflegung und die An-/Abreise wird ein Unkostenbeitrag in Höhe von ca. 80 Euro anfallen.

Für die Fahrt nach **Straßburg vom 5.-7. April** sind noch ausreichend Plätze vorhanden.

Anmeldung im Münchner Büro des Abgeordneten Gerald Häfner:

Büroleiter Matthias Gauger

Sendlinger Str. 47

80331 München

Telefon 089-211 597 20

Fax 089-211 597 24

E-Mail matthias.gauger@gruene-europa.de

Öffnungszeiten DI + DO 9-13 Uhr und MI + FR 15-19 Uhr

TERMINÜBERSICHT

26./27.02.11 **Präsentieren mit Persönlichkeit** (s. Seite 10)

26.03.11 14-16 Uhr OV-Kasse optimal führen – Fortbildung und Austausch für OV-KassiererInnen (s. Seite 9)

Bauleitplanung – Seminar mit Kreisrätin Luitgart Dittmann-Chylla (Termin folgt)

Überzeugen mit Persönlichkeit (s. Seite 12, 10./11. September)

Pressearbeit im Ortsverband (s. Seite 11, Termin folgt)

Erfolgreiche Arbeit im Ortsverband (s. Seite 12, Termin folgt)

Anmeldung und weitere Infos ab sofort bei:

Antje Wagner, Tel. 089—411 744 13, Fax 032 12 – 12 45 170, E-Mail: gf@gruene-ml.de

OV-KASSE OPTIMAL FÜHREN – FORTBILDUNG UND AUSTAUSCH FÜR ORTSKASSIERERINNEN

Wie ist bei Euch im Ortsverband der oder die KassiererIn bestimmt worden?

- a) per Losverfahren
- b) durch Vertagung
- c) durch Zwangsverpflichtung oder
- d) wer sich zu erst bewegt, ist's geworden?

Auch wer die Kasse gerne und freiwillig übernommen hat, ist mit Sicherheit nicht mit allen Feinheiten einer gelungenen Kassenführung vertraut. Es gibt einfach zu viele Stolpersteine in Form von rechtlichen Vorschriften.

Hier möchten wir einhaken und anhand von Beispielen vorstellen, wie man einfach und doch korrekt die Ortskasse führen kann.

Seminar mit Peter Triebswetter und Antje Wagner

PRÄSENTIEREN MIT PERSÖNLICHKEIT

Das etwas andere Präsentationstraining

Grüne Politiker agieren in einem dynamischen Umfeld. Neben den fachlichen Kenntnissen fordert der Kontakt zu Partei-FreundInnen, politischen Gegnern und den BürgerInnen eine hohe soziale Kompetenz. Präsentieren der eigenen Person (z.B. im Erstkontakt), als auch der fachlichen Kompetenz (vor einem Team, vor einem Auditorium) gehören zum Grünen-Arbeitsalltag. Es gilt: auf fachlicher und persönlicher Ebene zu überzeugen.

Die Selbstvorstellung, der erste Eindruck, stellt in diesem Zusammenhang die erste Weiche:

bekommt der Präsentierende

- ein unvoreingenommenes Ja
- ein skeptisches Jein oder
- ein Nein

von seinen Zuhörern. Der erste Eindruck prägt somit entscheidend die Zusammenarbeit.

Überzeugen mit Persönlichkeit bedeutet, dass der Präsentierende als authentisch, klar, ehrlich, kooperativ und sozial kompetent empfunden wird. Die Erfahrung zeigt, gute Zusammenarbeit und Kooperation funktioniert, wenn die persönliche Ebene als „stimmig“ erlebt wird.

Das Seminar „Präsentieren mit Persönlichkeit“ legt daher den Schwerpunkt auf das bewusste Wahrnehmen der individuellen Stärken des Teilnehmers. In praktischen Übungen wird erlernt, die Stärken gezielt einzusetzen.

- Die Grundlagen der Präsentationstechnik, wie zielgruppenorientierte Vorbereitung
- unterschiedliche Ablauf-Dramaturgien
- Einsatz von Medien und
- Umgang mit Widerständen und Störungen

liefern das nötige Handwerkszeug und runden das Seminar ab.

Inhalte:

- Persönlichkeit – bewusst bei Präsentationen wahrnehmen und einsetzen
- Persönliche Wirkung - Elemente, die überzeugen
- Authentizität beim Präsentieren
- Die gelungene Präsentation vor Klein- und Großgruppen
- Beziehungs- und Inhaltsanalyse – die Wirkung auf das Auditorium
- Zuhörer aktivieren und bewusst Kontakt aufbauen
- Präsentations-Präsenz zeigen und halten
- Spielerische Kontaktübungen

Seminar mit Nadja Raslan, Systemische Personal Entwicklung,
www.raslantraining.de

Anmeldung bei Antje Wagner, gf@gruene-ml.de 089 - 411 744 13

PRESSEARBEIT IM ORTSVERBAND

Das Weiterbildungsangebot des Kreisverbands München-Land beschäftigt sich mit den folgenden Themen:

- > wie bekomme ich Grüne Themen in die Zeitung?
- > welche Themen, welche Ereignisse eignen sich?
- > wie schreibt man eine Pressemitteilung?

Das Seminar wird in Oberschleißheim an einem Samstag von 10 - ca. 15 Uhr, inkl. Mittagspause, stattfinden. Referent ist Markus Büchler.

Er ist kein ausgewiesener Presseprofi, aber seit bald 20 Jahren mit Pressearbeit der Grünen befasst. Meine Erfahrungen kann ich auf dem Seminar mitteilen und grundsätzliche Hilfestellungen geben. Ungefähr die Hälfte des Seminars wird für ein konkretes Praxisbeispiel verwendet, wo die Teilnehmenden in Kleingruppen eine Pressemitteilung verfassen.

Anmeldung und Rückfragen bitte nur direkt an Markus: buechler@slius.de

ERFOLGREICHE ARBEIT IM ORTSVERBAND

Dein OV führt ein zu ruhiges, beschauliches Dasein? Es treffen sich immer die selben, wenigen Leute? Der Gedanke an die nächste Listenaufstellung bereitet dir Sorge?

Dann bist du genau richtig bei diesem Workshop. Zusammen finden wir Wege, was man als Ortsvorstand, als Gemeinderat, als Aktives Mitglied oder Sympathisant unternehmen kann, um aus dem bunten Häuflein eine tatkräftige Gruppe zu schmieden.

Dabei geht es NICHT so sehr um Themenvorschläge. Vielmehr geht es um Kommunikation und Motivation. Was kann ein OV überhaupt machen? Wie kann man Themen besetzen? Wie kann ich Interessenten in die Arbeit einbinden? Wie können wir die Arbeit besser aufteilen? Wie kann ich sie auf dem Laufenden halten? Wie kann ich sie motivieren und an die Grünen binden? Wie können wir mehr Spaß und Erfolg bei der Arbeit haben?

Dass wir alle nur wenig Zeit haben und die OV-Arbeit effizient sein muss steht bei allen Ideen, Tricks und Tipps im Vordergrund.

Anmeldungen und weitere Infos nur über Markus buechler@sluis.de

ÜBERZEUGEN MIT PERSÖNLICHKEIT

Erweiterung der sozialen Kompetenz

Vorbemerkung

Sicheres und souveränes Auftreten sind ein Schlüssel zum Erfolg. Als Grünen-Politiker gehört Kommunikation, sicheres Auftreten und souveräner Umgang zum „täglichen Brot“. Mit fachlichen Kenntnissen können die Grünen-Politiker immer glänzen, jedoch erfordert der tägliche Kontakt zu Menschen eine hohe soziale Kompetenz.

Ob die Grünen-Politiker ein Gespräch führen, einen Vortrag halten oder ein Akquisitionsgespräch leiten – sie bringen sich immer persönlich ein. Die individuelle Ausstrahlung und die innere Haltung entscheiden mit darüber, wie überzeugend und authentisch mein Gegenüber mich empfindet.

Mit dem Seminar Überzeugen mit Persönlichkeit erleben und erfahren die TeilnehmerInnen wie ihr individuelles kommunikatives Verhalten wirkt. Sie erfahren:

- wo ihre Stärken liegen,
- welche Handlungsalternativen bei Schwächen möglich sind,
- wie die Beziehung zu Kunden und KollegInnen geprüft werden,
- was Gespräche schwierig und stressbelastet gestaltet und wie Gespräche souverän geführt werden können,
- wie sie das individuelle kommunikative Verhalten reflektieren können.

Inhalte

- Selbstbild und Fremdbild
- Kommunikation und Persönlichkeit
- Umgang mit sich selbst bewusst gestalten: zu sich stehen, sich verstehen
- Auftreten, Ausstrahlung, Körpersprache
- Äußere und innere Realität wahrnehmen

Seminar mit Nadja Raslan, Systemische Personal Entwicklung, www.raslantraining.de

NIE WIEDER TSCHERNOBYL

Im Sommer 2010 waren Antje Wagner und Markus Büchler in Tschernobyl.

Im April jährt sich die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zum 25. mal.

Die Beiden haben einen interessanten und erschreckenden Lichtbildvortrag über die verheerenden Folgen des Unglücks für die Menschen vor Ort zusammengestellt.

Im Rahmen einer Abendveranstaltung mit anschließender Diskussion über Risiken der Atomkraft werden sie diesen Vortrag in den einzelnen Ortsverbänden vorstellen.

Wer wissen möchte, wo der nächste Vortrag stattfindet oder wer die Veranstaltung in seinem Ort gerne organisieren möchte, wendet sich an Markus Büchler (buechler@slius.de)

Nie wieder Tschernobyl!
Eine dokumentarische Reise in den Super-GAU

Antje Wagner und Markus Büchler besuchen die evaluierte Zone um Tschernobyl – 25 Jahre nach der Katastrophe.
Sie berichten von den verheerenden Folgen des Reaktorunglücks für die Menschen vor Ort.
Lichtbildvortrag

YU.S.A.F. - München 90 / DIE GRÜNEN - Kreisverband München-Land
Antje Wagner - Theater 6 - 82011 Gaimersfeld

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

WikiLeaks, der Jugendmedienschutz und die Anarchie im Internet

„Demokratie lebt von Transparenz“ schrieb Cem Özdemir am 30.11.2010 auf seiner Internetseite¹ aus Anlass der Veröffentlichung amerikanischer Diplomatendepeschen durch WikiLeaks – um diese Veröffentlichung anschließend doch als verantwortungslos zu charakterisieren. Es ist, zumal aus grüner Sicht, nicht leicht, das zur Zeit allgegenwärtige Thema WikiLeaks einheitlich und abschließend zu beurteilen. Das soll auch hier nicht versucht werden, aber die Sache bietet doch einige Anknüpfungspunkte für die laufenden Debatten um Informationsfreiheit, Datenschutz und das Web 2.0.

So wie zumindest die ersten „*Cablegate*“-Enthüllungen aus der Korrespondenz der US-Botschafter überwiegend im Reich von Klatsch und Tratsch angesiedelt waren und nichts brachten, was die Welt nicht ohnehin schon gewusst oder geahnt hätte, kursieren auch über WikiLeaks und seinen Gründer *Julian Assange* jede Menge Gerüchte und Spekulationen, die uns hier nicht beschäftigen sollen, auch nicht in Form von verschwörungstheoretischen Erörterungen über gerichtsanhängige schwedische Sexgeschichten. Aber es ist doch ganz aufschlussreich, sich kurz einmal anzusehen, wer dieser Mann ist, der sich mit den Mächtigsten angelegt hat:

Bereits als Teenager hackte sich Assange durch Firmennetzwerke, mit Zwanzig narrete er die Administratoren einer großen kanadischen Telefongesellschaft und als er schließlich in seiner Heimat Australien wegen vielmaligen Eindringens in fremde Computersysteme vor Gericht stand, attestierte ihm der Richter am Ende intelligente Neugier und puren Spaß am Surfen durch die fremden Datenwelten. Die Strafe blieb, wie der Schaden, gering². Einige Jahre später finden wir ihn in Gesellschaft von *Krypto-Anarchisten*. Die sehen eine problematische „Asymmetrie zwischen dem Staat, der einen möglichst großen Teil der Kommunikation seiner Bürger zu überwachen versucht, und eben diesen Bürgern [...], gegenüber denen der Staat vieles geheim halte. Die technische Revolution des

1 <http://www.oezdemir.de/show/3877912.html>

2 http://www.newyorker.com/reporting/2010/06/07/100607fa_fact_khatchadourian

Cyberspace könne diese Verhältnisse nun umkehren. Alle privaten Informationen könnten und sollten mit kryptographischen Mitteln geheim gehalten werden. Der Staat wäre zur Unterdrückung des Einzelnen dann nicht mehr in der Lage. [...] Der umgekehrte Ansatz, um das gleiche Ziel zu erreichen, wäre die radikale Veröffentlichung des Herrschaftswissens.“³

Zu Silvester 2006 bloggte Assange: „Je geheimniskrämerischer und unge rechter eine Organisation ist, desto mehr lösen Lecks bei ihrer Führung und in ihren Planungszirkeln Angst und Paranoia aus.“ - Als Reaktion auf die jüngsten Veröffentlichungen von WikiLeaks haben die USA und vermutlich auch andere Länder die elektronische Kommunikation zwischen wichtigen Regierungsstellen eingeschränkt und strengeren Geheimhaltungsregeln unterworfen. Das behindert auch die interne Arbeit. "Leaking ist eine inhärent antiautoritäre Tat. Es ist eine anarchistische Tat."

Das ist doch allerhand Stoff zum Grübeln. Auch wir Grüne haben ja unsere Probleme mit der Datensammelwut des Staates, mit Kameraüberwachung, Vorratsdatenspeicherung und dem „Bundes-Trojaner“, mit dem sich Schäuble auf unseren Festplatten einnisten wollte, damit er uns an unserem Computer jederzeit leicht über die Schulter schauen kann. Auch wir kämpfen gegen die Geheimniskrämerei des Staates und für Informationsfreiheitsatzungen und -gesetze. Und wer von uns hat sich nicht schon über die verborgenen Machtspiele der internationalen Geheimdiplomatie geärgert und sieht jetzt mit gewissem Vergnügen einige ihrer Machenschaften aufgedeckt. Lassen wir die Frage nach Gut und Böse, Recht und Unrecht ruhig einmal für eine Weile des Nachdenkens offen.

So ganz nebenher sind in der Auseinandersetzung um WikiLeaks auch noch ein paar andere Dinge deutlich geworden: Die Kreditkartenunternehmen Visa und MasterCard sowie der Internet-Bezahldienst PayPal haben zeitweise Geldtransfers an WikiLeaks unterbunden. Und zwar zu einer Zeit, wo die USA noch keinerlei rechtliche Handhabe gegen Assange und WikiLeaks gefunden hatten und ohne dass auch nur Anklage erhoben gewesen, geschweige denn ein Urteil ergangen wäre. Bezeichnenderweise droht hingegen niemand dem *Spiegel* und dem britischen *Guardian*

3 Zitate nach <http://www.sueddeutsche.de/digital/WikiLeaks-gruender-julian-assange-der-gegenverschworer-1.1031477-2>

rechtliche oder anderweitige Konsequenzen an, die mit vollen Händen aus den Quellen von WikiLeaks schöpfen. Herrscht Rechtsstaatlichkeit?

Wir haben gelernt, dass die Internetseite www.wikileaks.org schlagartig aus dem Web verschwinden konnte, weil der *DNS-Record* gelöscht wurde, also der Eintrag in dem zentralen Internet-Adressbuch, in dem letztlich alle unsere Computer nachschlagen, um menschenlesbare Domainnamen in computergerechte Ziffernketten (IP-Adressen) zu übersetzen. Auch das ohne Anklage und rechtsstaatliches Verfahren. Wo liegt eigentlich China? Andererseits haben binnen weniger Tage weltweit mehr als siebenhundert Internet-Server die Inhalte von WikiLeaks übernommen und damit praktisch für alle Welt unlöschar zugänglich gemacht.

Ist das Internet ein rechtsfreier Raum? Ist das Internet ein Raum, in dem Konzerne und Regierungen ebenso nach Belieben agieren können, wie Hacker und politische Aktivisten, Abmahn-Anwälte und die Mafia? In gewissem Sinne: ja. Das Internet ist in seiner heutigen Struktur anarchisch und unkontrollierbar. Die technischen Regeln, die dieses Nervengeflecht der modernen Welt zusammenhalten, heissen *RFC*, *Request for Comments*, also „Bitte um Kommentare“. Nicht mehr. Jemand hat eine Idee für ein Verfahren, schlägt es vor, ein paar Interessierte diskutieren mit, das Konzept wird vielleicht noch modifiziert und schließlich, wenn es tauglich erscheint, einfach angewendet und setzt sich durch oder nicht, ohne dass jemals ein irgendwie befugtes Gremium formal darüber entschieden hat.

Die vielleicht wichtigste globale Infrastruktur unserer Tage ist dem Wesen nach ein anarchisches System. Ein anarchisches System, das so gut funktioniert, dass es aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken ist. Diese „Anarchie“ birgt Risiken des Missbrauchs durch Regierungen und durch Verbrecher. Sie schafft aber auch Kommunikationswege, durch die es iranischen oder chinesischen Dissidenten trotz aller staatlichen Reglementierung immer wieder möglich ist, mit der internationalen Außenwelt zu kommunizieren, oder über die wir hin und wieder an wichtige Informationen gelangen, die auch unsere demokratisch gewählten Regierungen uns gerne vorenthalten hätten. Das ist ein wertvolles Gut.

Wer die Entwicklung um WikiLeaks in den letzten Wochen beobachtet hat,

sollte über die Unmöglichkeit belehrt sein, Kinderpornografie durch Web-sperren zu bekämpfen. Und wer jetzt in Deutschland bei der Novellierung des *Jugendmedienschutzgesetzes* glaubt, man könne als deutscher Gesetzgeber das ganze Internet dazu verpflichten, seine Seiten nach Art der *Freiwilligen Selbstkontrolle* mit versteckten Altersfreigabe-Markierungen zu versehen, die dann von Jugendschutz-Software auf dem heimischen PC ausgewertet werden können, hat schlicht und einfach nicht begriffen, wie die heutige Welt funktioniert.

Dass hier auch unter Grünen nicht immer die rechte Klarheit herrscht, veranlasste den Bundesvorstand, am 8. Dezember nicht nur einen erfreulich deutlichen Beschluss zu fassen, sondern ihn auch gleich sehr nachdrücklich über die innerparteilichen Kanäle zu verbreiten, weil einzelne Landesverbände dem Gesetz zuzustimmen drohten. Darin heißt es: „Der bisherige Staatsvertrag wie auch der neue Entwurf kollidieren mit den technischen Gegebenheiten und der Struktur des Internets. Der Staatsvertrag wird den diffizilen und sich schnell ändernden Realitäten ... im Netz nicht gerecht, er verkennt die Internationalität des Internets...“⁴.

Dass sich diese Erkenntnis bei den Grünen durchzusetzen beginnt, ist ebenso erfreulich, wie die Stellungnahme des Bundesvorstandsmitglieds Malte Spitz „Über den Umgang mit WikiLeaks“. Er sagt dort: „Politik sollte nicht die alleinige Institution sein, die entscheidet, was von öffentlichem Interesse ist oder nicht. Darum begrüße ich auch die Arbeit von Wikileaks. Der Ansatz muss angesichts des internationalen Gegendrucks, der jetzt aufkommt, stärker als zuvor verteidigt werden.“ Man könne unterschiedlicher Meinung über Wikileaks sein, „rechtsstaatliche Prinzipien müssen aber eingehalten werden, ansonsten wird es zukünftig immer häufiger so sein, dass unliebsame Informationen auch in demokratischen Staaten entfernt werden und Presse- und Informationsfreiheit damit eine zweit-rangige Rolle spielen. Solche Prozesse gilt es politisch zu verhindern.“⁵

Das klingt vernünftig. Wir profitieren von den Chancen des Internet und werden lernen müssen, mit seinen Risiken zu leben. Die Alternative wäre,

4 http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Beschl%C3%BCsse/Beschl%C3%BCsse_BuVo/2010-12-08-BeschlussJMStV.pdf

5 <http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/ueber-den-umgang-mit-wikileaks.html>

das Netz so zu reglementieren, dass es nur noch als Vertriebskanal für Medienkonzerne und Verlautbarungsorgan für Regierungen dient. Dann wäre die Chance für Freiheit und Demokratie vertan, die in seiner heutigen anarchischen Struktur liegt.

Wolfgang Schmidhuber

„HELDENGEDENKEN“ IN MÜNCHEN BRAUNE VERANSTALTUNG OHNE GEGENPROTEST?

Jedes Jahr das gleiche Spiel in München. Veranstalter aus der rechtsextremen Szene melden einen Marsch „zum Heldengedenken“ an. Den Verantwortlichen in der Stadt gefällt das nicht, aber die Stadt München hat inzwischen resigniert und versucht erst gar nicht den Aufmarsch zu untersagen.

2008 hat es deswegen einen Rechtsstreit gegeben. Der Verwaltungsgerichtshof (VGH) hat in diesem Jahr ein Urteil verkündet, nach dem der sogenannte Heldengedenkmarsch der rechtsextremen Szene unter dem verfassungsrechtlichen Schutz der freien Meinungsäußerung steht und daher nicht verboten werden darf. Nach Meinung des VGH kann, selbst wenn der Veranstalter mit dem „Heldengedenktag“ eine nationalsozialistische Gedenkfeier nachempfinden will, keine Billigung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft darin gesehen werden!

Also konnte der Gedenkmarsch auch im Jahr 2010 wieder stattfinden.

Sehr zum Missfallen von vielen tausend Bürgerinnen und Bürgern, die sich zum Gegenprotest entlang der Marschroute eingefunden



hatten. Durch das völlig überdimensionierte Polizeiaufgebot (knappe 100 Nazis zu gut 3.000 Einsatzkräften, die zum großen Teil auch anderen Bundesländern angefordert wurden) konnten die Gegendemonstranten

ihren Protest nur ausserhalb der Sichtweite des braunen Mobs darstellen. Auf jeder Seite der Marschierenden bildeten die Sondereinheiten eine zweireihige Abschirmkette. Die Straßenränder waren regelrecht leergefegt. Sollten es doch einmal vier oder fünf Gegendemonstranten gefährlich nahe an die Demonstrationsstrecke geschafft haben, wurden sie gleich von der dreifachen Anzahl Einsatzkräfte bewacht.

Mit einem Grundrecht auf freie Meinungsäusserung hat das wenig zu tun. Daher haben sich in München der Grüne Stadtrat Siegfried Benker, der SPD-Landtagsabgeordnete Florian Ritter und Martin Löwenberg von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes zusammengetan und den Freistaat Bayern verklagt. Es sei eine eklatante Grundrechtsverletzung, die Meinungsäusserung der Gegendemonstranten zu unterbinden und die Neonazis in Watte zu packen.

Und noch was war merkwürdig: fast alle Teilnehmer des Marsches hatten dunkle Sonnenbrillen, große Schals, mit denen sie einen großen Teil des Gesichtes verdeckten und Kapuzen. Dem neutralen Beobachter stellt sich hier die Frage, wo das Vermummungsgebot anfängt und ob die Marschierenden wirklich zu ihrem Tun stehen.

Die Polizeieinsatzkräfte unterdessen filmten fleißig die Gegendemonstranten. Sie wollten sogar untersagen, das auf Kirchengrund ein Plakat aufgehängt wird, ließen sich erst nach Intervention des Hausherrn, also des Pfarrers eines Besseren belehren. Rechts und links des Portals der Lukas-Kirche konnten so zwei Plakate des Kreisjugendrings München Stadt aufgehängt werden.



Antje Wagner

INFORMATIONSFREIHEITSSATZUNGEN

"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" heißt es in Artikel 20 des Grundgesetzes. Und gerade in den jüngsten Auseinandersetzungen z.B. über die Atomgesetze oder Stuttgart 21 ist deutlich geworden, dass wir das heute nicht mehr so verstehen, dass Bürgerinnen und Bürger in der Wahlkabine ihre Stimme abgeben, um anschließend wieder eine Wahlperiode lang zu schweigen, sondern - Renate Künast z.B. hat diesen Textbaustein unlängst sehr oft in ihren Reden - "Demokratie findet in diesem Land 365 Tage im Jahr statt. Jeden Tag darf man in diesem Land eine Meinung haben." Das Volk ist der Souverän. Und alle, die dieses Land regieren und verwalten, haben ihre Macht, ihr Recht und ihren Einfluss nur geliehen aus der Hand der Bürgerinnen und Bürger.

Wenn das aber so ist, dann müssen die Leute auch das Recht auf freien Zugang zu den Informationen haben, auf denen staatliches Handeln basiert. Dann kann es nicht sein, dass uns die Obrigkeit diese Informationen nur häppchenweise nach Gutsherren-Art zukommen lässt. "Informationen, die in öffentlichen Stellen vorhanden sind, gehören der Allgemeinheit, nicht der Behörde. Sie sollten deshalb auch öffentlich zugänglich sein." Denn "Wo Transparenz und Bürgernähe in der Verwaltung fehlen, besteht ein Demokratiedefizit." So steht es auf der Internetseite des Bündnis für Informationsfreiheit in Bayern und darum geht es, wenn wir über Informationsfreiheit reden. Wir brauchen Gesetze und Regelungen, die den Bürgern den Zugang zu diesen Informationen ermöglichen. Auch in Bayern.

Schon am 14. Dezember 1946 formulierte die Generalversammlung der Vereinten Nationen: "Informationsfreiheit ist ein fundamentales Menschenrecht und Prüfstein aller Freiheitsrechte, denen die Vereinten Nationen verpflichtet sind." Für den Bereich der EU gibt es seit 2001 die *Verordnung Nr. 1049/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission*. Dort heißt es wörtlich: "Transparenz ermöglicht eine bessere Beteiligung der Bürger am Entscheidungsprozess und gewährleistet eine größere Legitimität, Effizienz und Verantwortung der Verwaltung gegenüber dem Bürger in einem

demokratischen System. Transparenz trägt zur Stärkung der Grundsätze der Demokratie und der Achtung der Grundrechte bei".

Auf Bundesebene gibt es seit 1. Januar 2006 das von Rot-Grün beschlossene Informationsfreiheitsgesetz (IFG). Auch die Bundesländer Brandenburg, Berlin, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg, Bremen, Saarland, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz haben Informationsfreiheitsgesetze.

Bei uns in Bayern haben SPD und Grüne – und 2010 schließlich auch die Freien Wähler – in den letzten zehn Jahren insgesamt siebenmal einen Gesetzentwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz im Bayerischen Landtag eingebracht. Dass man in Zeiten einer CSU-Alleinregierung mit diesem Thema förmlich gegen eine Wand lief, mag nicht besonders verwunderlich sein. Enttäuschend aber ist, dass das Anliegen auch in dieser Legislatur wieder scheiterte. Die mitregierende FDP ist Mitglied im Bündnis für Informationsfreiheit in Bayern und hatte sich in den Wahlprüfsteinen von *Transparency International* vor der Landtagswahl deutlich für ein Informationsfreiheitsgesetz ausgesprochen. Als es dann aber zur Abstimmung kam, hatte die FDP nicht den nötigen Mut, sich gegen die CSU durchzusetzen und stimmte ebenfalls dagegen.

Kein Grund, das Thema Informationsfreiheit aufzugeben. Es gibt die Möglichkeit, Informationsfreiheitssatzungen in Gemeinden zu erlassen. Diese gelten dann zwar nur für den sogenannten „eigenen Wirkungskreis“ der Gemeinde, schaffen aber auch schon ein gutes Stück Transparenz. Insgesamt zwölf Kommunen im Freistaat haben bisher Informationsfreiheitssatzungen erlassen, nämlich Prien, Pullach, Grasbrunn, Kitzingen, Bad Aibling, Kahl am Main, Schwandorf, Sinzing, Coburg, Passau, Ottobrunn und Bad Endorf. Immerhin drei dieser Gemeinden liegen im Landkreis München.

Wenn man eine Informationsfreiheitssatzung für seine Gemeinde vorschlagen will, sollte man auf ein paar Punkte achten:

Geltungsbereich: Eine Informationsfreiheitssatzung sollte sich nicht nur auf die bei der Gemeinde vorhandenen Informationen beziehen, sondern – sofern es solche in der Gemeinde gibt – auch auf die gemeindlich

verwalteten Stiftungen und die in Gemeindebesitz befindlichen Unternehmungen. Also z.B. kommunale Energiebetriebe.

Wer hat Anspruch?: In einigen der bisher bestehenden Satzungen ist der Informationszugang beschränkt auf Gemeindeglieder. Noch transparenter wird die Sache, wenn man „jedem“ den Zugang gewährt. Dann erst haben nämlich auch Bürgerinnen und Bürger der Nachbargemeinden und Journalisten Zugang zu den Informationen.

Vorraussetzungsloser Zugang: Um Informationen zu erhalten und Akten einzusehen sollte keine Begründung nötig sein. Der freie Zugang zu Informationen sollte auch bedeuten, dass dieser voraussetzungslos ist.

Schutzwürdige Daten: Personenbezogene Daten, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und behördliche Entscheidungsprozesse müssen natürlich in angemessener Weise geschützt werden. Allerdings ist hier darauf zu achten, dass man durch den Schutz der Daten nicht zu viele Einschränkungen schafft.

Kosten: Es ist wichtig, dass sich die Kosten in einem angemessenen Rahmen bewegen. Kosten dürfen nicht der Abschreckung dienen!

Gültigkeit der Satzung: Im Idealfall ist die Satzung nach dem Erlass unbeschränkt, also für immer, gültig. Sollte die Gemeindeverwaltung zu große Bedenken äußern, kann man auch den Vorschlag machen, dass die Informationsfreiheitsgesetzgebung zunächst nur für ein Jahr gültig ist und anschließend ein weiteres Mal darüber entschieden wird.

Anna und Wolfgang Schmidhuber

Mehr Informationen zu den bestehenden Satzungen und Hilfestellung beim Entwerfen von Satzungen gibt es beim Bündnis für Informationsfreiheit (www.informationsfreiheit.org) und im Büro von Susanna Tausendfreund:

anna.schmidhuber@gruene-fraktion-bayern.de 089 / 4126 – 2774

Vier neue Landschaftsschutzgebiete durchgesetzt - Dubioses Verhalten der CSU

Die Grünen im Kreistag haben gegen den skurrilen Widerstand der CSU im Kreisausschuss ein Einleitungsverfahren für vier neue Landschaftsschutzgebiete für den Landkreis errungen: In Neuried, Strasslach, Gräufeling und Taufkirchen / Oberhaching. Erstmals seit vielen Jahren werden nun im immer dichter besiedelten Landkreis, der einem enormen Siedlungsdruck ausgesetzt ist, wieder Flächen vor einer möglichen weiteren Bebauung geschützt.

Die entsprechenden Sitzungen der Kreisgremien verliefen bizarr wie selten zuvor. Die CSU konnte noch im Umweltausschuss eine Mehrheit für die vier neuen Schutzgebiete verhindern. Unser Ziel war die Sicherung naturnaher Flächen für Erholungszwecke und Naturschutz, um Baudruck und Bodenspekulation zu verhindern. Warum gewichtet die CSU die Einzelinteressen von Grundbesitzern und Bauspekulanten höher als das Interesse der Allgemeinheit an Lebensqualität und Erholungsflächen? Als vorgeschobenes Argument machte die CSU unter anderem geltend, dass nach einer Schutzgebietsausweisung Kinder und Hunde die Naturflächen beschädigen könnten.

In der entscheidenden Sitzung des Kreisausschusses unterlag die CSU glücklicherweise. Ihr bleibt als schlechtem Verlierer nur noch der Rechtsweg, um das Ausweisungsverfahren zu weiter torpedieren.

Christoph Nadler

CSU = ChaoS Union

Nein, es geziemt sich nicht, über den politischen Gegner vom Leder zu ziehen. Vielmehr soll man positiv mit eigenen Vorschlägen werben. In diesem Fall kann ich jedoch nicht anders. Am 13.12.2010 machte ich mich auf den verschneiten Weg nach Ismaning wo der Kreistag tagte, um seinen Haushalt für 2011 zu beschließen. Ich bin kein Kreisrat und war demzufolge als Gast anwesend, zum ersten Mal. Unsere Kreistagsfraktion berichtet seit Jahren, dass die CSU nur des eine Ziel zu verfolgen scheint: das Gremium

chaotisieren um der SPD-Landrätin Rumschöttel das Leben schwer zu machen. Ich wollte mir ein eigenes Bild davon machen. Ganz ehrlich: es war schlimmer, als ich es mir vorstellen konnte.

Während ein paar Dutzend der CSU-Hinterbänkler geduldig schweigend der Dinge harren, mischen vorne in der ersten Reihe, der Landrätin direkt gegenüber sitzend, die Herren Weidenbusch, Schelle und Göbel den Laden richtig auf. Eildieweil Herr Weidenbusch unablässig auf die Landrätin einredet und sie jeder Konzentration zu berauben scheint, verhackstückt die Anderen die Sitzung mit meiner Wahrnehmung nach endlosen, weitgehend sinnfreien Wortmeldungen und aberwitzigen Anträgen. Höhepunkt waren fünf mündlich verlesene Anträge von Kreisrat Göbel mit endlosen Zahlenkolonnen von Deckungsringen und Haushaltsstellen, mit denen er geringfügige Einsparungen im Kreishaushalt erzielen wollte. Ein löbliches Ziel, aber formal und sachlich völlig daneben. Es gab vor der Kreistagssitzungen eine Vielzahl von Ausschuss- und Finanzreferentensitzungen, bei denen die Chaos-Union ihre Änderungsvorschläge – wie die anderen Fraktionen auch - hätte einbringen können. Ferner steht ihr die Abgabe von Anträgen per Post, Fax oder E-Mail offen. Die frühzeitige Abgabe ist wichtig, damit Verwaltung und die anderen Fraktionen die Vorschläge prüfen und sich dazu eine Meinung bilden können. Eine Selbstverständlichkeit für jeden Kommunalen. Wer ohne Not erst in der abschließenden Abstimmung ellenlange Anträge mündlich einbringt und Punkt für Punkt mit 70 Kreisräten diskutieren möchte, kann es nicht ernst meinen.

Auch in der Sache waren die Vorschläge destruktiv. So ging es um die Streichung eines Etats für ein Sommerfest von 25.000 Euro (ein Zehntausendstel des Haushaltsvolumens) und um das Einfrieren bestimmter Ausgabenposten auf das Rechnungsergebnis des Vorjahres. Kosten für eine polnische Delegationsreise auf Null zu setzen, weil sie in 2010 wegen Hochwasser ausgefallen ist, ist kein vernünftiger Haushaltsansatz, um nur ein Beispiel von vielen zu nennen.

Das Gremium zerfleischte sich über zwei Stunden lang mit diversen Geschäftsordnungsanträgen bis die Sitzungsleitung derart überfordert war, dass niemand mehr wusste, am allerwenigsten die Landrätin, wer nun zu

welchem Punkt spricht, wer was beantragt hat und was nun eigentlich zu tun sei. Ein triumphaler Zwischenerfolg für die ChaoS-Union!

Glücklicherweise ließ sich ein FW-Kreisrat zur Vernunft bringen, sodass die entscheidende Abstimmung mit 33:32 gewonnen wurde und Göbels Anträge vom Tisch gewischt wurden. Der Haushalt konnte nun, nach Stunden der völligen Konfusion wider Erwarten doch noch beschlossen werden. Ein weiterer Gast der Sitzung meinte zu mir, man müsse aufpassen, dass keine jungen Leute solche Sitzungen sähen, sie würden ernsthaft an der Demokratie zweifeln.

Das Verhalten der ChaoS-Union im Kreistag ist in meinen Augen skandalös und unwürdig. Sie gibt das Gremium der Lächerlichkeit preis. Diesen Irrsinn müssen wir stärker in die Öffentlichkeit tragen, damit sich die Wählerinnen und Wähler 2014 ihr Urteil darüber bilden können, wer ihre Interessen vertritt, und wer aus niederen parteitaktischen Motiven die kommunalpolitische Arbeit zu blockieren versucht.

Markus Büchler

P.S.: Ein Besuch ist wirklich lohnend. Schaut es Euch an! Die Sitzungen sind in der Regel öffentlich. Im Gegensatz zu einem Kabarett-Abend kostet diese absurde Realsatire nicht einmal Eintritt.

BERICHT AUS DEM LANDTAG

Die Europäische Bürgerinitiative – Europa demokratischer gestalten!

Mitte November stellte Gerald Häfner, MdEP auf Einladung von Susanna Tausendfreund einem interessiertem Publikum den aktuellen Sachstand zur Europäischen Bürgerinitiative vor.

Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) ist das erste



transnationale Bürgerbeteiligungsinstrument weltweit. Sie wird den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union (EU) zukünftig die Möglichkeit geben, sich direkt in die Politik der EU einzumischen und die politische Agenda der EU mitzubestimmen.

Gerald Häfner hat im EP als Berichterstatter für die EBI gearbeitet und konnte aus erster Hand von den Problemen und Erfolgen berichten. „Die Diskussion hat deutlich gemacht, dass wir auf dem richtigen Weg sind und die intensive Verhandlung über die Regeln für dieses Initiativrecht dringend notwendig sind, um die Rechte der Bürger zu stärken.

Mit überwältigender Mehrheit hat das EU-Parlament die Regeln Mitte Dezember beschlossen.

Weitere Informationen sind im Büro Tausendfreund erhältlich.

BERICHT AUS DEM BUNDESTAG

Die Bahn ist weder organisatorisch, technisch noch personell auf den Winter vorbereitet

Die Bahn ist nicht auf den Winter vorbereitet und hat nach wie vor mit massiven Technikproblemen zu kämpfen. Über zehn Prozent der Flotte an ICE-Zügen können nicht regulär eingesetzt werden. Das



bedeutet, dass es keine Puffer gibt, um Störfälle auszugleichen. Hinzu kommt eine seit Jahren vernachlässigte Infrastruktur. Auch hier zeigt sich, dass die Bahn an den falschen Stellen gespart hat. Technik, Personal und Wartungszeiten sind nicht den Erfordernissen angepasst worden.

Schlimmer jedoch ist, dass die Bahn nicht in der Lage ist, auf die Kälteeinbrüche zu reagieren. Ausgefallene Züge ohne Ersatz, verweigerte Auskünfte und keine Betreuung bzw. Evakuierung der stundenlang in überfüllten Zügen eingeschlossene Fahrgäste - dass alles hat mit einer Wahrung der bestehenden Fahrgastrechte nichts mehr zu tun. Denn Schneefall ist keine höhere Gewalt sondern ein in Mitteleuropa regelmäßig vorkommendes Wetterphänomen.

Die DB AG kündigte diesen Herbst an, dass zwei Drittel der mehr als 65.000 Weichen mit speziellen Heizeinrichtungen ausgerüstet worden sind. Zusätzlich angeschaffte Enteisungsanlagen sollten zudem mehr Züge schneller von Schnee und Eis befreien. Auch ein erweiterter Schneesräumdienst sei eingerichtet worden. Gespürt hat man davon in den letzten Wochen wenig. Bundesweit ist der Fernbahnverkehr wiederholt zum Erliegen gekommen.

Wir Grüne im Bundestag wollen eine Bahn, die personell und technisch so ausgestattet ist, dass sie auch unter schwierigen Wetterverhältnissen der Bevölkerung ein flächendeckend zuverlässiges und pünktliches Mobilitätsangebot bieten kann.

UN Klimaverhandlungen in Cancun:

Die große Mehrheit der Staaten will Klimaschutz - Deutschland und die EU müssen jetzt Vorreiter sein!

Die UN-Klimakonferenz in Cancun (COP16) ging mit Entscheidungen zu Ende, die die Grundlage für die weitere Arbeit für ein verbindliches Klimaabkommen im nächsten Jahr in Südafrika bilden. Das Ergebnis des Klimagipfels sind ein wichtiger Fortschritt. Um das 2-Grad-Ziel zu erreichen reicht der Beschluss jedoch nicht. Es fehlen die konkreten Maßnahmen. Allen voran die USA und einige wichtige große Schwellenländer blockieren den Klimaschutz nach Kräften.

In Cancun wurde deutlich, dass eine große Mehrheit der Länder bereit ist, gemeinsam gegen die Erderwärmung zu kämpfen. Deutschland und die EU dürfen indes nicht auf die USA warten, sondern müssen tatkräftig voranschreiten und die eigenen Emissionen senken. So werden nach und nach auch zögerliche Staaten motiviert, ihre Klimaschutzbemühungen zu intensivieren und erkennen die enormen wirtschaftlichen Perspektiven, die in einem ökologischen Umbau stecken.

PROTOKOLLE

Protokoll der Kreisversammlung 10.11.2010

Thema: Die Grüne Jugend gestaltet und leitet die Kreisversammlung: „Jugend bewegt – Welche Möglichkeiten haben Jugendliche sich einzubringen?“
Gastreferent: Ludwig Hartmann MdL



Top 1: GRÜNE Jugend und GRÜNE Politik

Die Grüne Jugend im Landkreis München stellt sich vor:

Grüne Jugend Schleißheim: gegründet 2009. Erstwählerbriefe zur Europa- und zur Bundestagswahl 2009, parteiübergreifende Infoveranstaltungen zu den beiden Wahlen, die sehr gut besucht waren. Thematische Veranstaltungen, z. B. zu Frauen mit Migrationshintergrund. Ansonsten Mitarbeit im Ortsverband bei den „Altgrünen“.

Grüne Jugend Höhenkirchen-Siegertsbrunn: gegründet 2005. Durch Zuwachs aus den Nachbarorten umbenannt in GJ „München-Land Südost“. Ebenfalls Erstwählerbrief-Aktionen zu den Wahlen 2009, Podiumsdiskussion zu Rechtsextremismus, Abende mit Toni Hofreiter MdB sowie Hans-Josef Fell MdB. „Grünes Kino“, Mithilfe beim Kartoffelfeuer in Hö-Si, Teilnahme an Demos, „Cook & Play-Station“-Treffen (zum Essen und Reden), Mitarbeit in den Wahlkämpfen. Viele Pläne für die Zukunft: u. a. Grünes Kino, Blade-Tour, Schafkopf-Turnier.

Ludwig Hartmann MdL, jugendpolitischer Sprecher der grünen Landtagsfraktion: 32 Jahre alt, seit 2008 im Landtag. Erste politische Erfahrungen mit 14 Jahren im Jugendbeirat in Landsberg am Lech; erste Demo organisiert gegen die Abschiebung einer kurdischen Familie – unbeleckt von den Formalia des Versammlungsrechts, so dass die Aktion mit acht Sozialstunden „Strafe“ endete. Vorteil des frühen Anfangs: viel Erfahrung mit Gremienarbeit und Sitzungen gesammelt, aber auch, dass es „die Jugend“ nicht gibt. Engagement war stark an Projekten ausgerichtet, z. B. Versuch, das „Fifty-fifty-Taxi“ einzuführen, also dass nachts Taxifahrten für Jugendliche zur Hälfte von der Kommune bezuschusst werden. Außerdem: Jungbürgerversammlungen einberufen, zu einem bestimmten Thema, weil dann mehr Leute kommen.

Im Landtag hat sich Jugendpolitik im vergangenen Jahr stark auf das Thema Koma-Saufen konzentriert. Die Grünen haben im Landtag gegen eine Verschärfung von Gesetzen gestimmt, weil das nur Aktionismus wäre und am Kern der Sache vorbeigeht. Das Problem ist, dass der Vollzug des Jugendschutzes nicht funktioniert!

Wahlalter 16: eine Forderung der Grünen, mit der sich auch die Landtagsfraktion beschäftigt. Teilweise wird bei den Grünen auch die Senkung auf 14 Jahre gefordert; das muss diskutiert werden, eine Senkung wäre auf jeden Fall sinnvoll, um junge Leute früher für Politik zu interessieren und ernsthaft mitbestimmen zu lassen.

Diskussion

Wie schafft man die Initialzündung für politisches Engagement der Jugendlichen? Mindestens eine aktive Person muss den Kristallisationskern bilden! Das Mitmachen muss echt sein und etwas bewirken können, keine Scheinbeteiligung oder „nur mal was Anhören“. Einzelprojekte angehen wie Anti-Nazi-Demo oder Nahverkehr für Jugendliche. Über einzelne Aktionen können sich dann Strukturen herausbilden, nicht umgekehrt.

Stadt München als Magnet: viele Jugendliche in Stadtnähe wie z. B. in Unterhaching gehen lieber zur GJ München-Stadt als im Landkreis etwas zu machen.

Verhältnis der GJ und der Altgrünen: Wie unterscheiden sich die Themen, findet ein gegenseitig befruchtender Austausch statt? Manche sind Doppelm Mitglieder, d. h. bei der Grünen Jugend und bei Bündnis 90/Die Grünen, aber das ist nicht die Regel. Daher ist es durchaus ein Problem, dass beim Erreichen des Höchstalters in der GJ kein automatischer Übertritt zu den Altgrünen stattfindet und viele „verloren gehen“.

Debatte über potentiell interessante Themenbereiche:

Bildung (Doppelter Abi-Jahrgang 2011, Studienorientierung und „Studiumsalltag“, Aufzeigen von Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten oder Freiwilligendienste im In- und Ausland).

Politische Mitbestimmung (Jugendparlamente, Veranstaltung im Landtag, Wahlalter 16).

Top 2: Vorbereitungsphase der Themen der BDK in Freiburg

Antje stellt die anstehenden Wahlen und Themen der BDK kurz vor. Gewählt werden beide Bundesvorsitzende, der restliche Bundesvorstand und der Parteirat. Auch der Haushalt des Bundesverbands und der Rechnungsprüfungsbericht 2009 stehen auf der Tagesordnung.

Die „großen“ inhaltlichen Themen der BDK:

- Energie: 100% Zukunft statt Atom - Das Grüne Energiekonzept (Antrag E-01)
- Kommunen: Demokratie braucht starke Kommunen! (Antrag K-01)
- Nahost: Grundlinien grüner Nahostpolitik – Für einen dauerhaften und gerechten Frieden zwischen Israel und Palästina (Antrag N-01)
- Gesundheit: Zugang, Teilhabe, Prävention: Grüne Gesundheitspolitik erhält und stärkt die Solidarität (Antrag G-01)

Außerdem stehen fast 50 weitere Anträge zur Debatte, darunter „Nein zur Olympiabewerbung München 2018“, „Für den Ausbau des Zugverkehrs – Stuttgart 21 stoppen“, „Europäische Bürgerinitiative einfach und wirkungsvoll ausgestalten“ sowie Anträge zur Integrationsdebatte, zum Bildungsföderalismus und vieles andere mehr.

Top 3: Berichte, v. a. Bericht zur Kassenprüfung

Maria und Erik berichten von der Kassenprüfung. Grundsätzlich ist die Kasse des Kreisverbands in Ordnung und wird ordnungsgemäß geführt. Aufgefallen sind kleinere Dinge und es gibt Verbesserungsvorschläge. Der Rechnungsprüfungsbericht im Wortlaut:

[Beginn des Berichts]

Rechnungsprüfung des Kreisverbands München-Land am 20. Juni 2010

Am 20. Juni 2010 haben wir (Erik Lembke und Maria Kammüller) mit Peter die Kassenunterlagen des Kreisverbands München-Land geprüft. Wir haben alle Rechnungsbelege angesehen und kontrolliert. Kontoanfangs- und -endbestand sind in Ordnung und alle Belege sind nachvollziehbar für den Kreisverband ausgegeben.

Dabei sind uns wie im letzten Jahr auch schon wieder mehrere Mitglieder aufgefallen, deren Lastschrift für die Mitgliedsbeiträge nicht eingelöst wurde. Antje hat uns bereits zugesichert, dass sie sich drum kümmern wird, dass die Listen bereinigt werden. (Wer die Zeitungsberichte über die LINKE diesbezüglich in Erinnerung hat wird zugeben, dass auch dieses Thema Brisanz hat)

Leider mussten wir uns bei der Kassenprüfung auf die Belege beschränken, da wir keine Buchungslisten oder Kontenblätter des SHERPA-Programms zur Verfügung hatten. Nach Rückfrage beim Landesschatzmeister Benedikt Mayer muss die Zuordnung zu den Konten aber nicht geprüft werden, wir sollen euch aber darauf hinweisen.

Bei der Durchsicht der uns von Antje im Nachhinein vorgelegten Buchungslisten sind leider durch sehr viele Stornobuchungen die Zusammenhänge schwierig zu erkennen. Das liegt wohl auch am neuen Programm und den damit verbundenen Anfangsschwierigkeiten. Auch die Wahlkampfkostenaufstellung ließ sich für uns nicht aus den Konten herleiten. Warum in welcher Höhe der „Zaster“ gezahlt wird, war aus den Unterlagen nicht ersichtlich. Die von Erik durchgeführten Stichproben haben aber alle ein plausibles Ende gefunden.

Deswegen haben wir folgende Anregungen:

- An die Rechnungen für z.B. Flyer oder Plakate ein Exemplar des Flyers anzuheften
- Auf Rechnungen für Plakate einen kurzen Vermerk wie z.B. „Kopfplakat Toni“, „Plakat Fahne mit grünen Rauten“, zur besseren Nachvollziehbarkeit
- Auf den Belegen die erfolgte Buchung mit Buchungssatz zu vermerken
- Bei der Rechnungsprüfung sollten nicht nur Belege und Kontenblätter, sondern auch die Summen und Saldenliste, sowie eine Buchungsliste vorliegen (so wie es im letzten Jahr auch war), schön wären natürlich auch die Kontenblätter von SHERPA.
- Wahlkampfkosten auf dem Beleg und beim Buchen in irgendeiner Form kenntlich zu machen
- Getrennte Aufstellung der Nichtkassführenden OV's

- Eine Erinnerungsmail an die Ortsvorstände mit dem Hinweis auf die Mitgliedschaft des gesamten Kreisverbands beim LandesMedienDienst Bayern mit der Mitgliedsnummer.

Peter konnte uns sonst auf alle unsere Fragen kompetent und zuverlässig antworten. Die Kasse ist sauber, logisch und nach den Regeln der Buchhaltung geführt. Eine Kasse in diesem Umfang nebenbei ehrenamtlich zu führen ist nicht einfach und verdient viel Anerkennung.

Wir danken ihm und Antje herzlich für die damit verbundene Arbeit und bitten um die Entlastung des Kassiers.

Maria Kammüller und Erik Lembke, 5.10.2010

[Ende des Berichts]

Entlastung des Kassiers

Abstimmung: Der Kassenprüfungsbericht wird einstimmig angenommen. Der Kassier wird einstimmig entlastet.

Ein herzliches DANKE! an Maria und Erik für die Prüfung sowie Peter und Antje für die umfangreiche und komplizierte Arbeit mit der Kasse!

Antrag an die Kreisversammlung „Debattenverteiler“

Antrag von Mathias, einen Debattenverteiler des Kreisverbands einzurichten. Kurze Diskussion und Abstimmung über die Einrichtung einer Mailing-Liste und/oder eines Wikis des Kreisverbands. Ergebnis: bei zwei Enthaltungen angenommen. Markus – mit UnterstützerInnen – kümmert sich darum.

Ende der Sitzung gegen 22:05 Uhr.

Anwesenheitsliste KV 10.11.2010

Ortsverband	Name
Baierbrunn	
Brunnthal	
Garching	
Gräfelfing	
Grasbrunn	
Grünwald / Straßlach	
Haar	
Hohenbrunn	
Höhenkirchen-Siegertsbrunn	
Ismaning	
Kirchheim	
Neubiberg	

Neuried	
Oberhaching	
Oberschleißheim	
Ottobrunn	
Planegg	
Pullach	
Putzbrunn	
Sauerlach	
Schäftlarn	
Taufkirchen	
Unterföhring	
Unterhaching	
Unterschleißheim	
Gäste	

Protokoll der Kreisversammlung 1.12.2010

TOP 1: Anna und Wolfgang Schmidhuber: Informationsfreiheit und Informationsfreiheitssatzungen

Wolfgang beginnt mit der Historie der Informationsfreiheit und gibt einen Überblick über Informationsfreiheit auf den verschiedenen politischen Ebenen.

Anna stellt den Fall Bayern und Informationsfreiheit bzw. den Mangel daran vor und erläutert den Inhalt von Informationsfreiheitssatzungen.

Die Präsentation dazu ist bei Wolfgang erhältlich und wird online gestellt.

Diskussion:

Unterschleißheim: Der 1. Bürgermeister argumentierte, dass bestehende Einzelbeschlüsse zur kostenlosen Informationseinsicht kostenpflichtig würden, wenn eine Informationsfreiheitssatzung inklusive Gebührenerhebung verabschiedet würde. Der Antrag wurde letztlich abgelehnt.

Eine Erfahrung mit dem Umweltinformationsgesetz aus Garching, Standort des Forschungsreaktors FRM II: Die Verwaltung wollte von einem privaten Verein 500 Euro für die Herausgabe der Daten, wie viel Radioaktivität in die Isar eingeleitet wird. Über den Bundestagsabgeordneten gab es die Information nach einigem Hin und Her dann kostenfrei.

Diskussion über die Höhe der Kosten: Werden Kosten bewusst hoch angesetzt, um potentielle Antragsteller abzuschrecken? (Beispiel Coburg)

Top 2: Ankündigungen des Kreisvorstands

Ausblick auf GRÜNE Aktivitäten des Kreisverbands im Jahr 2011. Themen der Kreisversammlungen, Bergtour, Fortbildungsreihe, Orts-Zeitungen. Genaue Ankündigungen

und die Termine finden sich dann im Kreisrundbrief und auf der Homepage www.gruene-ml.de

Angebot an die Ortsverbände: Vortrag über Tschernobyl von Markus und Antje. (Im Jahr 2011 jährt sich die Katastrophe zum 25. Mal.)

Mitgliederwerbe-Kampagne ist angelaufen

Informationsfahrten nach Brüssel und Straßburg zum Europaabgeordneten der Grünen Gerald Häfner MdEP. Mehr dazu auf der Kreisverbands-Homepage bei den Terminen!

TOP 3: Bericht aus den Ortsverbänden und den Gemeinderäten

Unterschleißheim: Vorarbeit zum Kommunalwahlprogramm 2014 startet. In einzelnen öffentlichen Veranstaltungen sollen die verschiedenen Themenkomplexe erarbeitet werden und BürgerInnen gewonnen werden, die gerne mitarbeiten wollen. Anregung: Themen, die gemeindeübergreifend sind, könnten untereinander ausgetauscht werden oder zusammen bearbeitet werden.

Höhenkirchen, Grüne Jugend: 2011 zwölf Veranstaltungen Grünes Kino und zusätzlich vier Kinderfilme.

9.12. Pullach: Abend mit Sepp Dürr zum Landesbank-Desaster.

Gräfelfing: Hackschnitzel-Biomasse-Heizkraftwerk: Grüne vor Ort dafür, doch eine Bürgerinitiative hat Unterschriften für einen Bürgerentscheid gesammelt. Zuvor soll es einen Einigungsversuch mit einem „runden Tisch“ geben. Plan für ein Regionalwerk für alle Würmtal-Gemeinden: Strom, Glasfaser, Gas, Wärme. Es gibt unter den beteiligten Kommunen Differenzen über das Partner-Unternehmen, das ins Boot geholt werden soll.

Anwesenheitsliste KV 1.12.2010

Ortsverband	Name
Baierbrunn	
Brunnthal	
Garching	
Gräfelfing	
Grasbrunn	
Grünwald / Straßlach	
Haar	
Hohenbrunn	
Höhenkirchen- Siegertsbrunn	
Ismaning	
Kirchheim	
Neubiberg	
Neuried	
Oberhaching	

Oberschleißheim	
Ottobrunn	
Planegg	
Pullach	
Putzbrunn	
Sauerlach	
Schäftlarn	
Taufkirchen	
Unterföhring	
Unterhaching	
Unterschleißheim	
Gäste	

TERMINÜBERSICHT IM LANDKREIS MÜNCHEN

12.01.11	Neujahrsempfang im Giesinger Bahnhof, Beginn 19 Uhr	Giesinger Bahnhof
23.01.11	Grünes Kino „Königreich Arktis“, Beginn 16 Uhr, Am Haderner Winkel im Versamlungsraum 2	Neuried
23.01.11	Grünes Kino „ Brot und Tulpen“, Beginn 20 Uhr, Am Haderner Winkel im Versamlungsraum 2	Neuried
01.-03.02. 2011	Informationsfahrt nach Brüssel, Ausgebucht, nur noch Plätze auf der Warteliste	Brüssel
02.02.11	Kreisversammlung im Februar, Beginn 20 Uhr	München, LGS
02.03.11	Kreisversammlung im März, Beginn 20 Uhr	München, LGS
20.03.11	Grünes Kino „Vorstadtkrokodile“, Beginn 16 Uhr, Am Haderner Winkel im Versamlungsraum 2	Neuried
20.03.11	Grünes Kino „Rhythm ist it!“, Beginn 20 Uhr, Am Haderner Winkel im Versamlungsraum 2	Neuried
04.-07.04. 2011	Informationsfahrt nach Straßburg – Info und Anmeldung bei Matthias Gauger Tel. 089-211 597 20 matthias.gauger@gruene-europa.de	Straßburg
06.04.11	Kreisversammlung im April	München, LGS
08.-10.04. 2011	Landesjugendkongress Grüne Jugend Bayern	Würzburg
04.05.11	Kreisversammlung im Mai	München, LGS
01.06.11	Kreisversammlung im Juni	München, LGS
06.07.11	Kreisversammlung im Juli	München, LGS
14.09.11	Kreisversammlung im September	München, LGS
05.10.11	Kreisversammlung im Oktober	München, LGS
22.-23.10. 2011	Landesdelegiertenkonferenz (LDK)	Bad Windsheim
09.11.11	Kreisversammlung im November	München, LGS
25.-27.11. 2011	Bundesdelegiertenkonferenz (BDK)	Kiel
07.12.11	Kreisversammlung im Dezember	München, LGS

Regelmäßige Termine des OV Ottobrunn: Jeden Mittwoch um 18:30 Uhr „Grüner Laufftreff“ am Rathaus. Jeden ersten Freitag im Monat um 14:30 Uhr „Grüne Bürgerstunde“, Fraktionszimmer im Rathaus

Termine bitte immer an Antje: gf@gruene-ml.de

KONTAKTADRESSEN

Sprecherin:

Luitgart Dittmann-Chylla
Wallbergstr. 26
85635 Höhenkirchen-
Siegertsbrunn
fon: 08102 / 77 78 08
dittmann-chylla@online.de

Schriftführer:

Dr. Volker Leib
Lindenring 48
82024 Taufkirchen
fon: 089 / 666 11 681
vleib@volker-leib.de

Beisitzerin:

Maria Kammüller
Rathausstraße 16
82008 Unterhaching
fon: 089/61079855
mkamueller@mnet-mail.de

Toni Hofreiter MdB Regionalbüro München

Dr. Volker Leib
Sendlinger Straße 47
80331 München
Tel: 089 / 46136584
Fax: 089 / 46136585
Kernzeit: Mo - Fr. 10-13
anton.hofreiter@wk.bundestag.de
www.toni-hofreiter.de

Geschäftsführerin:

Antje Barbara Wagner
Ebertstraße 6
82031 Grünwald
fon: 089 / 411 744 13
fax:032-12 12 45 170 (NEU)
gf@gruene-ml.de

Vorstand Grüne Jugend München

Vorstand Grüne Jugend HöSi

**Landesverband
Grüne Landtagsfraktion
Petra Kelly Stiftung:
GRIBS-Kommunalbüro:**

Sprecher:

Markus Büchler
Freisinger Str. 7
85764 Oberschleißheim
fon d.: 089 / 315 97 215
fax d.: 089 / 315 94 561
buechler@slius.de

Beisitzerin:

Anna Schmidhuber
Hohenbrunner Str. 26
85521 Riemerling
fon: 089/60850493
gruene@annaschmidhuber.de

Beisitzer:

Wolfgang Schmidhuber
Hohenbrunner Str. 26
85521 Riemerling
fon: 089 / 60 85 04 91
gruene@wschmidhuber.de

Susanna Tausendfreund MdL

Landtagsbüro
Maximilianeum
Tel.: 089 / 41 26- 27 74
Fax: 089 / 419 00 491
Tel.(d): 089 / 419 00 490
Tel (p): 089 / 793 42 45
kanzlei@susanna-tausendfreund.de
www.susanna-tausendfreund.de

Bankverbindung:

DIE GRÜNEN München-Land

Kreissparkasse München-
Starnberg
Konto-Nr: 28 04 63 175,
BLZ 702 501 50

vorstand@gjm.de

www.gjm.de

www.gjhs.gruene-ml.de

www.gruene-bayern.de
www.gruene-fraktion-bayern.de
www.petra-kelly-stiftung.de
www.gribs.net

Kassier:

Peter Triebswetter
Am Stiergarten 33
85635 Höhenkirchen-
Siegertsbrunn
fon: 08102 / 99 84 43
peter.triebswetter@online.de

Beisitzer:

Robert Gerb
Wolfratshauser Str. 62
82065 Baierbrunn
fon: 089 / 793 48 74
fax: 089 / 74 48 14 20

Beisitzerin:

Kirsten Siebert
Leiblstr. 26A
85579 Neubiberg
fon: 0163-7325951
kirsten.siebert@gmx.net

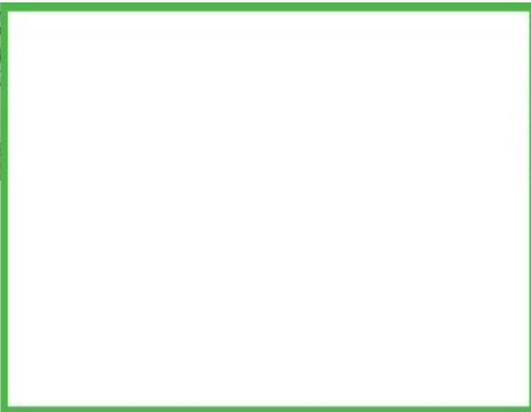
Kreistagsfraktion Fraktionsvorsitzender

Christoph Nadler
Hohenbrunner Weg 44
82024 Taufkirchen
Tel d: 089 / 41 66 13 78
Tel p: 089 / 6 12 54 01
Fax p: 089) 61 46 92 14
Christoph_Nadler@web.de

Internet:

www.gruene-ml.de

www.gruene-ml.de/fraktion



Unsere Beisitzerin im Kreisvorstand
Kirsten Siebert hat
am 9.11.2010 ihren Sohn Mathis geboren.
Wir gratulieren ihr und ihrem Mann sehr herzlich!

Redaktionsschluss für den nächsten Kreisrundbrief: 14. Februar 2011

V.i.S.d.P.: Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Kreisverband München-Land
Markus Büchler, Freisinger Str. 7, 85764 Oberschleißheim



Spenden an:
Die Grünen München-Land
Kontonummer: 280463175
Kreissparkasse München-Starnberg
BLZ: 702 501 50